Konzessionsvereinbarung

zur

Wasserversorgung

zwischen

der Gemeinde Leopoldshöhe
(nachstehend "Gemeinde" genannt)

und

dem Wasserwerk der
Gemeinde Leopoldshöhe
(nachstehend "Wasserwerk" genannt)

§ 1 Lieferverpflichtung

(1) Das Wasserwerk verpflichtet sich, zu den jeweils in der Wasserversorgungssatzung und der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung der Gemeinde Leopoldshöhe geltenden Bestimmungen und Tarifen Wasser in Trinkwasserqualität an alle Haus- und Grundstückseigentümer in der Gemeinde abzugeben, soweit das zu versorgende Grundstück an eine öffentliche Straße, einen öffentlichen Weg oder öffentlichen Platz angrenzt, in denen dem Wasserwerk das Rohrverlegungsrecht nach § 2 dieses Vertrages zusteht und sofern ein Anschluss des Grundstückes an eine öffentliche Wasserleitung besteht.

Zur Versorgung von Grundstücken an Straßen, Wegen und Plätzen, die nicht in der Verfügungsgewalt der Gemeinde stehen, ist das Wasserwerk erst dann verpflichtet, wenn ihm das Rohrverlegungsrecht in solchen Fällen zu den Bedingungen und für die Laufdauer dieses Vertrages gewährt worden ist.

(2) Zur Versorgung von Grundstücken, die weder an eine öffentliche Straße, einen öffentlichen Weg noch an einen öffentlichen Platz angrenzen, ist das Wasserwerk dann verpflichtet, wenn der Grundstückseigentümer von sich aus die Voraussetzungen dafür schafft, dass die Versorgung seines Grundstückes von einer öffentlichen Straße, einem öffentlichen Weg oder einem öffentlichen Platz aus möglich ist, in denen dem Wasserwerk das Rohrverlegungsrecht zu den Bedingungen und für die Laufdauer dieses Vertrages gewährt worden ist.

(3) Das Wasserwerk ist berechtigt, mit einzelnen Abnehmern über den Wasserpreis, die Bedingungen für die Wasserversorgung und die Beschaffenheit des Wassers besondere Vereinbarungen

zu treffen (Sonderabnehmerverträge). Der Gemeinde sind die Sonderabnehmer zu benennen. Ebenso ist das Wasserwerk berechtigt, mit einzelnen Abnehmern besondere Vereinbarungen über die Herstellung, die Erneuerung und Unterhaltung von Wasseranschlüssen abzuschließen.

- (4) Das Wasserwerk hat die für die Wasserversorgung notwendigen Fortleitungs- und Verteilungsanlagen zu erstellen und sie für die Vertragsdauer betriebs- und leistungsfähig unter Berücksichtigung der jeweiligen technischen Erfordernisse zu erhalten und ordnungsgemäß zu unterhalten.
- (5) Das Konzessionsgebiet ist das Gebiet der Gemeinde Leopoldshöhe. Bestehende Rechte Dritter bleiben unberührt.

§ 2 Wegerecht

- (1) Die Gemeinde erteilt dem Wasserwerk das ausschließliche Recht, zur Wasserversorgung der Gemeinde sowie anderer Gemeinden und von Werken in anderen Gemeinden die sämtlich der Gemeinde gehörenden oder im Verfügungsrecht der Gemeinde befindlichen Straßen, öffentlichen Wege und öffentlichen Plätze zur Verlegung, Erneuerung, Unterhaltung und Betrieb von Wasserleitungsrohren und weiterer für die Wasserversorgung notwendiger Anlagen zu benutzen.

Dieses Recht gilt auch für sonstige gemeindliche Grundstücke, welche nicht öffentlichen Verkehrsraum darstellen.

Die Entschädigungen für die Leitungsverlegung richten sich nach dem aktuellen Verkehrswert des Grundstückes.

Sämtliche Folgekosten, die durch Leitungen auf diesen Grundstücken entstehen, trägt das Wasserwerk.

Die Gemeinde gibt dem Wasserwerk die Zusicherung, dass diese Berechtigung zur Verlegung usw. von Wasserleitungen und weiterer Anlagen während der Dauer dieses Vertrages nur dem Wasserwerk zusteht.

- (2) Die Gemeinde wird eine nach § 23 Abs. 3 Satz 1 des Straßen- und Wegegesetzes (StrWG) vom 01.08.1983 in der jeweils geltenden Fassung erforderliche Zustimmung zur Verlegung von Wasserleitungsrohren und anderer Anlagen für die Wasserversorgung nur im Einverständnis mit dem Wasserwerk erteilen. Das Wasserwerk muss sein Einverständnis erklären, wenn ein Fall des § 23 Abs. 3 Satz 2 des StrWG vom 01.08.1983 in der jeweils geltenden Fassung gegeben ist.
- (3) Die Gemeinde wird bei dem Abschluss von Verträgen mit Dritten über ein Recht zur Nutzung des Straßenuntergrundes jeder Art vereinbaren, dass - wenn es sich nicht um eine Benutzung für die öffentliche Energieversorgung, Straßenbeleuchtung, Abwasserbeseitigung oder die Träger des öffentlichen Verkehrs handelt - der Dritte dem Wasserwerk alle Mehrkosten ersetzt, welche durch die Mitbenutzung des Straßengrundes durch den Dritten entstehen.
- (4) Gehen Straßen, Wege und Plätze kraft Rechtsgeschäft in das Eigentum eines Dritten über, so ist die Gemeinde verpflichtet, vor Übergang des Eigentums auf den Dritten zur Sicherung der bestehenden Nutzungsrechte des Wasserwerkes eine beschränkt persönliche Dienstbarkeit zugunsten des Wasserwerkes eintragen zu lassen. Die Kosten der Eintragung werden der Gemeinde vom Wasserwerk erstattet.

- (5) Will ein Dritter den öffentlichen Verkehrsraum für Durchgangsleitungen, straßenkreuzende oder ähnliche Leitungen nutzen, so kann dies die Gemeinde im Einvernehmen mit dem Wasserwerk gestatten. Aus diesen Anlagen darf jedoch im Versorgungsgebiet des Wasserwerkes Wasser sowohl unmittelbar als auch mittelbar nur mit Zustimmung des Wasserwerkes Dritten angeboten oder an Dritte abgegeben werden. Die Gemeinde wird den Dritten verpflichtet, die Leitungsführung mit dem Wasserwerk abzustimmen.

§ 3 Konzessionsabgabe, Eigenverbrauch

- (1) Das Wasserwerk zahlt der Gemeinde für die Gewährung des alleinigen Rechts zur Verlegung von Rohrleitungen und anderen Anlagen für die Wasserversorgung in der Gemeinde Konzessionsabgaben und zwar höchstens einen Betrag, der preisrechtlich zulässig ist und von den Steuerbehörden uneingeschränkt als Betriebsausgabe anerkannt wird.
- (2) Die Konzessionsabgaben betragen:
- a) 10 % der Entgelte aus Versorgungsleistungen, die an letzte Verbraucher zu den Bedingungen der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung abgegeben werden,
 - b) 1,5 % der Entgelte aus Versorgungsleistungen, die an letzte Verbraucher nicht zu den Bedingungen der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung abgegeben werden (Sonderabnehmer).

- c) Frei von allen Abgaben ist der Eigenverbrauch des Wasserwerkes zu Betriebs- und Verwaltungszwecken.
- (3) Die Konzessionsabgaben werden jährlich nach Schluss eines jeweiligen Rechnungsjahres gezahlt. Die Gemeinde kann die Berechnung der Konzessionsabgaben nachprüfen lassen, und zwar zu b) nur durch einen Wirtschaftsprüfer.
- (4) Das Wasserwerk gewährt der Gemeinde sowie ihren Eigenbetrieben und Eigengesellschaften für den eigenen Wasserverbrauch, soweit er zu den Bedingungen der Beitrags- und Gebührensatzung zur Wasserversorgungssatzung abgerechnet wird, einen Nachlass von 10 % auf die Entnahmestellen mit öffentlicher Nutzung, solange dem nicht konzessionsabgabenrechtliche Bestimmungen entgegenstehen.

§ 4 Ausführung der Anlagen

- (1) Die Bestimmung der Lage neu zu verlegender und zu erneuernder Rohrleitungen sowie anderer Anlagen für die Wasserversorgung gem. § 2 erfolgt im Einvernehmen mit der Gemeinde.
- (2) Das Wasserwerk hat der Gemeinde genaue Pläne einzureichen, aus denen die im Gemeindegebiet geplanten Leitungen und sonstigen Anlagen ersichtlich sein müssen. Weiterhin führt das Wasserwerk vollständige Bestandspläne über die Versorgungsleitungen und sonstigen Anlagen. Im Bedarfsfall ist der Gemeinde in die Bestandspläne jederzeit Einsicht zu gewähren. Die Gemeinde ist berechtigt, Änderungen der Planungen im Interesse der Gemeinde zu verlangen, soweit diese technisch

durchführbar und dem Wasserwerk zumutbar ist. Zu Planabsichten des Wasserwerkes nimmt die Gemeinde innerhalb einer angemessenen Frist Stellung.

- (3) Die Gemeinde gestattet dem Wasserwerk, die Maßnahmen zu treffen, die für den Betrieb und die Unterhaltung der Anlagen technisch und wirtschaftlich erforderlich sind. Das Wasserwerk stellt vor Beginn von Erneuerungs- und Unterhaltungsarbeiten, durch die die Belange der Gemeinde berührt oder die Erfüllung von Aufgaben der Gemeinde beeinträchtigt werden können, einen schriftlichen Antrag und beginnt mit den Arbeiten erst nach schriftlicher Genehmigung der Gemeinde. Muss aus Gründen der öffentlichen Sicherheit sofort eingegriffen werden und ist infolgedessen eine vorherige Antragstellung im Einzelfall nicht möglich, ist diese unverzüglich schriftlich nachzuholen.

- (4) Das Wasserwerk verpflichtet sich, bei den von ihm auszuführenden Arbeiten die benutzten Flächen wieder in den ursprünglichen Zustand zu versetzen und alle entstandenen Beschädigungen innerhalb von zwei Monaten nach Beendigung der Arbeiten vollständig zu beseitigen. In Einzelfällen kann mit der Gemeinde vereinbart werden, dass die Wiederherstellung von Flächen in einer anderen Ausführung erfolgen soll; entstehende Mehrkosten werden von der Gemeinde getragen. Sollte das Wasserwerk dieser Verpflichtung nicht nachkommen, so ist die Gemeinde berechtigt, die Instandsetzung der Flächen auf Kosten des Wasserwerkes vorzunehmen oder ausführen zu lassen. Werden innerhalb von fünf Jahren nach der Rohrverlegung oder Instandsetzung infolge der Arbeiten des Wasserwerkes weitere Nacharbeiten an den benutzten Flächen erforderlich,

so wird das Wasserwerk diese ebenfalls auf eigene Kosten alsbald durchführen; Satz 3 dieses Absatzes gilt für Nacharbeiten entsprechend.

- (5) Bei seinen Arbeiten hat das Wasserwerk dafür zu sorgen, dass der Verkehr möglichst wenig behindert wird. Das Wasserwerk haftet für Schäden, die der Gemeinde oder einem Dritten entstehen, nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Von etwaigen Schadenersatzansprüchen Dritter gegen die Gemeinde aus Anlass derartiger Arbeiten im Gemeindegebiet wird das Wasserwerk die Gemeinde freistellen. Die Gemeinde darf solche Schadenersatzansprüche nur mit Zustimmung des Wasserwerkes anerkennen oder im Vergleichswege regeln.
- (6) Die Gemeinde wird bei Abschluss von Verträgen mit Unternehmern über Bauarbeiten im möglichen Bereich von Wasserversorgungsanlagen vereinbaren, dass die Arbeiten ohne eine Beeinträchtigung der Leitungen und der anderen Anlagen ausgeführt und etwaige ihr zustehende Schadensersatzforderungen gegen den Unternehmer wegen Beschädigung einer Wasserleitung oder anderer Anlagen der Wasserversorgung an das Wasserwerk abgetreten werden. Sollte eine entsprechende Vereinbarung unterbleiben, haftet die Gemeinde für Schäden an den Wasserversorgungsanlagen.

§ 5 Änderung von Versorgungsanlagen

- (1) Werden Straßen, Wege und andere im § 2 Absatz 1 genannte Verkehrsräume oder Gebiete in Bebauungsplänen, in denen bereits Wasserversorgungsanlagen bestehen, aus Gründen des öffentlichen Interesses verändert (verlegt, umgebaut und dergleichen) oder für den Bau neuer Anlagen (Entwässerungskanäle,

Straßenbeleuchtung usw.) durch die Gemeinde selbst in Anspruch genommen und wird deshalb eine Veränderung oder Sicherung der Wasserversorgungsanlagen erforderlich, so ist das Wasserwerk verpflichtet, diese Anlagen unverzüglich umzulegen oder zu sichern. Die Gemeinde ist verpflichtet, das Wasserwerk rechtzeitig von den geplanten Maßnahmen zu benachrichtigen.

- (2) Jeder Vertragschließende hat vor Beginn seiner Arbeiten den anderen so rechtzeitig zu benachrichtigen, dass dieser geeignete Vorkehrungen zum Schutz seiner Anlagen treffen kann.
- (3) Sollte die Änderung, Umlegung oder Entfernung einer Versorgungsanlage wie auch die Herstellung zusätzlicher Versorgungsanlagen wegen irgendeines Bauvorhabens eines Dritten erforderlich werden, so gilt für die Kostentragung das Veranlassungsprinzip. Ist der Veranlasser aus Gründen, die keiner der Vertragspartner zu vertreten hat, von der Kostentragung befreit, so übernimmt das Wasserwerk die Kosten, sofern nicht eine gesetzliche oder vertragliche Regelung etwas anderes bestimmt.
- (4) Wird eine solche Maßnahme wegen eines Bauvorhabens der Gemeinde oder einer Maßnahme nach Absatz 1 erforderlich, so werden die entstehenden Kosten (Folgekosten) unabhängig vom Alter der umzulegenden oder zu sichernden Anlagen von der Gemeinde zu 50 % und vom Wasserwerk zu 50 % übernommen.

Als Kosten gelten dem Wasserwerk entstehende Kosten, die der Gemeinde auf Verlangen nachzuweisen sind. Die Selbstkosten errechnen sich unter Berücksichtigung eines Gemeinkostenzuschlages bei Lohnkosten von 10 % und bei Materialkosten von 5 %.

- (5) Die Umlegung von Durchgangsleitungen ab DN 200 soll grundsätzlich vermieden werden. Die Gemeinde wird sie nur fordern, wenn sie aus Gründen des öffentlichen Wohls unerlässlich ist und die Maßnahme auf andere Weise nicht oder nur mit erheblichen Mehrkosten durchgeführt werden kann. Hinsichtlich der Kostentragung bleibt es bei der Regelung des § 5 Abs. 3 und 4.
- (6) Wird die Umlegung oder Sicherung durch Maßnahmen erforderlich, welche die Gemeinde auf Verlangen oder im Interesse eines Dritten durchführt, wird sie die dem Wasserwerk entstehenden Kosten auf den Dritten abwälzen.

§ 6 Feuerlöschwasser

- (1) Der Feuerschutz gehört zu den Pflichtaufgaben der Gemeinde. Das Wasserwerk stellt Wasser für Feuerlösch- und Feuerlöschübungszwecken sowie für Zwecke der Straßenreinigung der Gemeinde aus dem Wasserleitungsnetz im Rahmen der technischen Möglichkeiten unter Sicherstellung der Trinkwasserversorgung gem. DVGW Arbeitsblatt W 405 soweit vertretbar unentgeltlich zur Verfügung. Dies gilt auch unter Berücksichtigung evt. typischer Betriebsstörungen.

Durch Löschwasserentnahmen darf es nicht zu Beeinträchtigungen der hygienischen Beschaffenheit des Trinkwassers kommen. Rückwirkungen auf die Trinkwasserqualität sind auszuschließen.

Das Wasserwerk ist zur Unterbrechung der Löschwasservorhaltung bei höherer Gewalt oder sonstigen Umständen, deren Beseitigung dem Wasserwerk nicht zumutbar ist, berechtigt.

- (2) Zur Gewährleistung ausreichender Löschwassermengen stimmen sich das Wasserwerk und die Gemeinde bei Aufstellung von Bebauungsplänen hinsichtlich der zu planenden Wassermengen ab. Hierzu teilt die Gemeinde Leopoldshöhe dem Wasserwerk der Gemeinde Leopoldshöhe die in einem Plangebiet benötigte Löschwassermenge mit. Soweit das Wasserwerk in diesem Gebiet die erforderliche Löschwassermenge nicht aus dem öffentlichen Trinkwassernetz zur Verfügung stellen kann, ist die Löschwasserversorgung durch die Gemeinde Leopoldshöhe anderweitig sicherzustellen.
- (3) In den geschlossenen Wohngebieten der Gemeinde sind Hydranten zu Lasten des Wasserwerkes nach dem jeweils gültigen DVGW-Regelwerk zu errichten. Die Gebiete, in denen diese Anzahl an Hydranten vor Vertragsabschluss nicht gegeben ist, bleiben von dieser Regelung unberührt. Den Einbau weiterer Hydranten kann die Gemeinde gegen Erstattung der Selbstkosten fordern. Alle Beschädigungen an den Hydranten werden durch das Wasserwerk für Rechnung der Gemeinde Leopoldshöhe gegen Erstattung der Selbstkosten beseitigt.
- (4) Vor der Entnahme für Feuerlöschübungen ist das Wasserwerk jedes Mal mindestens drei Tage vorher zu verständigen, damit ein Vertreter des Wasserwerkes zugegen sein kann. Das Wasserwerk informiert die Feuerwehr über größere Rohrbrüche, Reparaturmaßnahmen usw., die sich negativ auf die Löschwasserversorgung auswirken.
- (5) Die Gemeinde verpflichtet sich, dem Wasserwerk mit Ablauf jeden Kalenderjahres die jeweils entnommenen Wassermengen auf der Grundlage überschlägiger Berechnung zu benennen.

- (6) Weitere Einzelheiten regelt die Verwaltungsanweisung über die Bereitstellung von Löschwasser in der Gemeinde Leopoldshöhe (Gemeinde) aus dem leitungsgebundenen Wasserversorgungssystem des Wasserwerkes der Gemeinde Leopoldshöhe (Wasserwerk).

§ 7 Schadenersatz

- (1) Werden bei Arbeiten eines Vertragschließenden Versorgungsleitungen oder sonstige Anlagen des anderen Vertragschließenden beschädigt, hat der die Arbeit Ausführende dem anderen Vertragschließenden den entstandenen Schaden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen zu erstatten.
- (2) Das Wasserwerk stellt die Gemeinde von allen Ansprüchen Dritter frei, die sich infolge des Baues, des Betriebes und der Unterhaltung der Anlagen gegen die Gemeinde ergeben. Werden Ansprüche gegen die Gemeinde geltend gemacht, wird sie diese dem Wasserwerk unterbreiten und Gelegenheit geben, an Schadensverhandlungen teilzunehmen. Die Gemeinde wird Ansprüche nur mit Zustimmung des Wasserwerkes anerkennen oder einen Vergleich für das Wasserwerk abschließen. Stimmt das Wasserwerk nicht zu, wird die Gemeinde einen etwaigen Rechtsstreit im Einvernehmen mit dem Wasserwerk führen. Das Wasserwerk trägt in diesem Fall alle durch den Rechtsstreit entstehenden Kosten.
- (3) Auf § 831 Abs. 1 Satz 2 BGB können sich die Vertragschließenden im Innenverhältnis nicht berufen.

§ 8 Rechtsnachfolge

Jeder Vertragschließende ist berechtigt, mit Zustimmung des anderen Teiles die Gesamtheit der Rechte und Pflichten aus diesem Vertrag auf einen Rechtsnachfolger zu übertragen. Die Zustimmung zur Übertragung darf nur verweigert werden, wenn gegen die technische oder wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des etwaigen Rechtsnachfolgers begründete Bedenken erhoben werden können. Die nach Zustimmung erfolgte Übertragung ist von dem abtretenden Teil und seinem Rechtsnachfolger dem anderen Vertragschließenden mitzuteilen. Bis zu dieser Mitteilung haftet der abtretende Teil für die Erfüllung dieses Vertrages. Eine Abtretung einzelner Rechte aus diesem Vertrag ist ausgeschlossen.

§ 9 Ungültigkeit einzelner Vertragsbestimmungen

Bei Nichtigkeit oder Wegfall einzelner Bestimmungen dieses Vertrages wird die Rechtswirksamkeit des Vertrages im Übrigen nicht berührt. Die Vertragschließenden verpflichten sich jedoch, die nichtigen oder wegfallenden Bestimmungen durch im wirtschaftlichen Ergebnis gleichwertige Bestimmungen zu ersetzen, soweit dem nicht gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen.

§ 10 Vertragsdauer

- (1) Dieser Vertrag wird für die Zeit vom 01.01.2010 bis zum 31.12.2014 abgeschlossen.

Der Vertragschließenden werden rechtzeitig, mindestens ein Jahr vor Vertragsablauf, über eine Verlängerung oder einen Neuabschluss verhandeln.

- (2) Das Wasserwerk verpflichtet sich, der Gemeinde zur Vorbereitung ihrer Entscheidung über die weitere Gestaltung der Wasserversorgung jeweils ein Jahr vor dem vorgesehenen Vertragsablauf Einblick in die für die Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Versorgung erforderlichen Unterlagen zu gewähren, soweit sie sich auf den Zustand der Anlagen beziehen.

§ 11 Übernahme der Versorgung durch die Gemeinde

- (1) Wird für die Zeit nach Ablauf dieses Vertrages kein neuer Konzessionsvertrag geschlossen, ist die Gemeinde berechtigt, die innerhalb ihres Hoheitsgebietes liegenden Wasserversorgungsanlagen, mit Ausnahme derjenigen, die der Versorgung von Abnehmern außerhalb der Gemeinde dienen, zu einem angemessenen Wert käuflich zu übernehmen. Die Gemeinde ist hierzu verpflichtet, wenn sie die Versorgung selbst weiter betreibt oder sie einem Dritten überlässt.
- (2) Die Gemeinde teilt ihre Absicht, die Anlagen zu übernehmen oder die Versorgung einem Dritten zu übertragen unverzüglich nach Beschlussfassung, möglichst drei Jahre vor Vertragsende, dem Wasserwerk schriftlich mit.
- (3) In den letzten drei Jahren vor dem Übernahmetag werden in dem zu übernehmenden Gebiet Änderungen an den vorhandenen Wasserversorgungsanlagen nur im Einvernehmen mit der Gemeinde durchgeführt, soweit es sich hierbei um wesentliche und über den Übernahmetag hinauswirkende Maßnahmen handelt. Dies gilt nicht für Unterhaltungsmaßnahmen.

- (4) Der Übernahmepreis wird durch den Sachzeitwert der zu übernehmenden Anlagen im Zeitpunkt der Übernahme bestimmt. Der Sachzeitwert ist gleich dem Wiederbeschaffungswert abzüglich der Absetzung, die sich mit Rücksicht auf das Alter und den Zustand der Anlagen im Zeitpunkt der Übernahme ergibt. Bei der Feststellung der Höhe des angemessenen Wertes sind vom Wasserwerk bei der Erstellung dieser Anlagen empfangene Baukostenzuschüsse, soweit sie zum Übernahmezeitpunkt nicht aufgelöst sind, zugunsten der Gemeinde zu berücksichtigen.

In denjenigen Fällen, in denen Zuschüsse für den Bau der Wasserversorgungsanlagen geleistet worden sind, werden von dem Sachzeitwert die Zuschussleistungen anteilmäßig nach folgender Formel abgesetzt:

$$\text{Abzusetzende Beträge} = \frac{\text{Sachzeitwert} \times \text{Zuschussleistungen}}{\text{Herstellungskosten}}$$

- (5) Für den Fall, dass die kartellrechtliche Zulässigkeit der Kaufpreisvereinbarung gem. Abs. 4 dieses Vertrages durch eine rechtskräftige gerichtliche Entscheidung oder durch eine höchstrichterliche Grundsatzentscheidung über einen vergleichbaren Vertrag, die Geltung auch für diesen Vertrag beanspruchen kann, verneint wird, wird unverzüglich eine neue, den gerichtlichen aufgestellten kartellrechtlichen Anforderungen Rechnung tragende Kaufpreisvereinbarung abgeschlossen. Dasselbe gilt, wenn eine bestandskräftige kartellbehördliche Verfügung die Kaufpreisvereinbarung für unwirksam erklärt.

- (6) Einigen sich die Vertragspartner über den Sachzeitwert der zu übernehmenden Anlagen nicht, so ist er durch einen öffentlich bestellten Sachverständigen festzustellen. Jede der Vertragsparteien bestellt innerhalb eines Monats einen Sachverständigen. Können sich die Sachverständigen nicht einigen, so entscheidet ein von beiden Sachverständigen zu benennender Obmann. Können sich die Sachverständigen über die Person des Obmannes nicht einigen, so soll der Präsident des für die Gemeinde zuständigen Landgerichtes entscheiden. Dieser benennt auch den zweiten Sachverständigen, wenn ihn ein Vertragspartner nicht fristgerecht genannt hat. Die Sachverständigen sind verpflichtet, die Vertragspartner vor Erstellung ihres Gutachtens zu hören.
- (7) Mit dem Kauf der Anlagen gehen alle Rechte und Pflichten aus bestehenden Verträgen über die Versorgung mit Wasser auf die Gemeinde über.
- (8) Bei Vertragsablauf ist die Trennung der Rohrleitungen, die in das Eigentum der Gemeinde übergehen, von denjenigen, die im Eigentum des Wasserwerkes verbleiben, auf Kosten des kündigenden Vertragsteiles vorzunehmen.
- (9) Innerhalb von drei Jahren vor Beginn einer jeden Kündigungsfrist hat die Gemeinde das Recht, sich über den Zustand der Wasserversorgungsanlagen in ihrem Gebiet zu unterrichten. Das Wasserwerk hat der Gemeinde dazu alle erforderlichen Auskünfte zu erteilen.

§ 12 Geltendmachung von Rechten und Pflichten

Die in dem Vertrag begründeten Rechte und Pflichten können nur von den Vertragspartnern gegeneinander geltend gemacht werden.

§ 13 Vertragsänderungen

Dieser Vertrag wird je einmal für die Gemeinde und das Wasserwerk ausgefertigt. Änderungen und Ergänzungen des Vertrages bedürfen der Schriftform. Sobald sich konzessionsabgabenrechtliche Bestimmungen ändern, ist dieser Vertrag entsprechend anzupassen.

Leopoldshöhe, den 18. Dezember 2009

Für die Gemeinde Leopoldshöhe
Der Bürgermeister:

Für das Wasserwerk der Gemeinde
Leopoldshöhe
Der Betriebsleiter

(Schemmel)

(Lange)

(Oortmann)